

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Gaiberg

am 22. November 2023

Verhandelt:

Gaiberg, den 22. November 2023, 19:00 Uhr

Anwesend:

- | | |
|--------------------------------|---|
| 1. Vorsitzende: | Bürgermeisterin Petra Müller-Vogel |
| 2. Gemeinderäte: | Dr. Alexia Arnold
Kick, Boris
Klingmann, Gisela
Dr. Mühleisen, Martin
Müller, Manfred
Müller, Uwe
Carmen Himmelmann
Schuh, Eric
Senghas, Gunther
Volkmann, Matthias
Wallenwein, Jochen |
| 3. Schriftführerin: | Angestellte Nina Wesselky |
| 4. Beamte, Angestellte: | Hauptamtsleiterin Lena Werner |

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende fest, dass durch Schreiben vom 14. November 2023 ordnungsgemäß geladen worden ist. Zeit, Ort und Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung wurde am 14. November 2023 auf der Website der Gemeinde unter www.gaiberg.de/rathaus-service/oeffentliche-bekanntmachungen bekannt gemacht.

Das Kollegium ist beschlussfähig, weil 12 Mitglieder anwesend sind.

Es fehlten als beurlaubt: Dr. Hans Jürgen Hennrich

nicht beurlaubt, oder aus anderen Gründen: -/-

zu Urkundspersonen wurden ernannt: Gemeinderat Uwe Müller
Gemeinderat Schuh

**Öffentliche Gemeinderatssitzung am Mittwoch, den 22. November 2023
um 19.00 Uhr im “BürgerForum Altes Schulhaus”**

T a g e s o r d n u n g

1. Kenntnisnahme des Protokolls der öffentlichen Gemeinderatssitzung Nr. 10/2023 vom 25. Oktober 2023
2. Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 25. Oktober 2023
3. Bürgerfragestunde
4. Kanalerneuerung im Bereich Hauptstraße 50-60 – Vergabe Planungsleistungen
5. Elektroarbeiten Kirchwaldschule - Kleinauftrag
6. Vorberatung der 125. Verbandsversammlung des Wasserzweckverbandes „Unteres Elsenztal“ am 30.11.2023
7. Aktuelle Flüchtlingssituation
8. Bekanntgaben der Verwaltung
9. Fragen und Anträge der Gemeinderäte*innen

Vor Einstieg in die Tagesordnung gratuliert die Vorsitzende Gemeinderätin Dr. Arnold nachträglich herzlich zum Geburtstag und überreicht ihr eine kleine Aufmerksamkeit.

1. Kenntnisnahme des Protokolls der öffentlichen Gemeinderatssitzung Nr. 10/2023 vom 25. Oktober 2023

Beschluss

Das Protokoll der öffentlichen Gemeinderatssitzung Nr. 10/2023 vom 25. Oktober 2023 wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

2. Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 25. Oktober 2023

- Beschluss über die Einstellung einer Zusatzkraft im Kindergarten Bergnest

3. Bürgerfragestunde

Herr Weiß meldet, dass die Pläne an den Bushaltestellen im Ort veraltet seien. Er hat eine Liste mit allen Mängeln zusammengestellt, welche er der Gemeindeverwaltung übergibt. Diese wird die Mängel an den BRN weitergeben, welcher für die Ausschilderung zuständig ist.

4. Kanalerneuerung im Bereich Hauptstraße 50-60 – Vergabe Planungsleistungen

Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt, da das Ingenieurbüro sein Angebot wegen Personalmangels zurückgezogen hat.

5. Elektroarbeiten Kirchwaldschule - Kleinauftrag

Im Rahmen einer Bestandsaufnahme der Elektroleitungen in der Kirchwaldschule wurde festgestellt, dass dringend die Verteilerschränke im Altbau ausgetauscht werden müssen.

Weiterhin sollen im Neubau vereinzelt fehlende FI-Schalter nachgerüstet werden. Die Arbeiten sind für die Sommerferien 2024 vorgesehen.

Hierfür sind eine Planung, Ausschreibung und Bauüberwachung durch ein Ingenieurbüro erforderlich. Das Planungsbüro Schmitt & Partner GmbH, welches die Bestandsaufnahme gemacht hat, soll damit beauftragt werden.

Hierzu ist ein Kleinauftrag zu vergeben, welcher mit 7.735,00 € pauschal angeboten wurde.

Kosten & Finanzierung:

Im Haushalt 2024 sollen die Kosten eingeplant werden (70.000,00 €).

Beschluss

Der Gemeinderat vergibt den Kleinauftrag an das Planungsbüro Schmitt & Partner GmbH.

- Einstimmig -

6. Vorberatung der 125. Verbandsversammlung des Wasserzweckverbandes „Unteres Elsenzthal“ am 30.11.2023

Tagesordnung:

1. Niederschrift der Sitzung vom 15.11.2022
2. Jahresrechnung 2022
3. Wirtschaftsplan 2024
4. Vergabe von Rohrleitungsbauarbeiten im Hochbehälter Niederzone Gaiberg – Bekanntgabe Eilentscheidung
5. Sachstandsbericht Neubau „Südumgehung Gaiberg“ und Neubau Versorgungsleitung Waldhilsbach
6. Mitteilungen der Verbandsverwaltung

Die Erläuterungen der Sachverhalte und die Beschlussvorschläge können den Anlagen entnommen werden. Die Niederschrift zu TOP 1, die Jahresrechnung 2022 und der Wirtschaftsplan 2024 sind als Anlage beigelegt.

Beschluss

Der Gemeinderat stimmt den Beschlussvorschlägen der Verbandsversammlung zu.

- Einstimmig -

7. Aktuelle Flüchtlingssituation

Ausgangslage (landesweit)

Im Jahr 2022 hat BW rund 178.000 Geflüchtete aufgenommen, darunter rund 27.800 Asylbegehrende, rund 146.300 Geflüchtete aus der Ukraine, wovon rund 46.700 vorübergehend in der Erstaufnahme untergebracht wurden, sowie rund 3.400 weitere Einreisende im Rahmen der humanitären Aufnahme.

Damit wurden im Jahr 2022 deutlich mehr Personen aufgenommen als im gesamten Jahr 2015, dem Höhepunkt der damaligen Fluchtbewegungen, und dem Jahr 2016 zusammen.

Von Januar bis Juli 2023 haben 20.221 Personen in BW einen Asylersantrag gestellt. Dies sind mehr als doppelt so viele wie zur selben Zeit im Vorjahr (9.988).

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

Stand 25.08.2023 befinden sich aktuell 173.267 gemeldete Ukrainische Flüchtlinge in BW. *Quelle: Regierungspräsidium Karlsruhe (RPK)*

Im September hat das Ministerium der Justiz und Migration BW festgestellt, dass der Zugang von Flüchtlingen stark angestiegen ist, sodass teilweise 300 – 400 Menschen pro Tag nach Baden-Württemberg gekommen sind.

Zuletzt (Stand: 25.09.2023) waren an einzelnen Tagen auch Zugänge von über 300 Personen pro Tag zu verzeichnen.

Die umfangreiche Aufnahme Geflüchteter während diesen Jahres und der vergangenen Jahre ist ein eindeutiger Beleg dafür, dass die Gemeinden, Städte und Landkreise in Baden-Württemberg sich zu ihrer humanitären Verantwortung, wie kaum anderswo innerhalb der EU, bekennen. Nicht zuletzt auch durch die vielerorts weitreichende Unterstützung in Form von bürgerschaftlichem Engagement wurden die verfügbaren Kapazitäten bei der Unterbringung, Begleitung und Integration der Geflüchteten mobilisiert.

Gleichwohl ist es auch kommunalpolitische Aufgabe vor Ort die Grenzen des Leistbaren zu erkennen und im Sinne eines gesamtverantwortlichen Handelns auf ein gutes Miteinander innerhalb der Ortsgemeinschaft zu achten. Hierzu gehört auch, dass nicht auf Dauer gegen eine abnehmende Akzeptanz weiter steigender Zugänge von geflüchteten Personen verfahren werden kann.

Zwischenzeitlich sind die regulären Aufnahmekapazitäten seit Monaten belegt und die Integrationsressourcen in Kitas, Schulen, ärztlicher Versorgung und Sprachkursen, überlastet. Das Personal in den Ausländerbehörden arbeitet weit über dem Limit. Die Signale aus den Kommunen, dass die Belastungsgrenze erreicht ist und eine Begrenzungsstrategie notwendig wird, haben auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Bundespräsident a.D. Joachim Gauck aufgegriffen.

Bereits im Frühsommer 2023 wurde im „BW-Check“ des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen zur aktuellen Flüchtlingssituation im Juni 2023 bestätigen 39% der Befragten, dass die Landesregierung das Wohl der Flüchtlinge über das Wohl der Menschen stelle.¹

Im Baden-Württemberg-Trend von infratest dimap im Auftrag des SWR im Juli 2023 erklären mehr als die Hälfte der Baden-Würtemberger, dass die Landesregierung und die Verwaltung die aktuelle Flüchtlingssituation „weniger gut“ oder „gar nicht gut“ bewältigen.²

Nach der jüngsten dbb Bürgerbefragung 2023 des Deutschen Beamtenbundes – durchgeführt von forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH im Juli 2023 – ist das Vertrauen in die Fähigkeit des Staates, seine vielfältigen Aufgaben und Probleme erfüllen bzw. lösen zu können, auf 27 % gesunken (2022: 29 %, 2021: 45 %, 2020: 56 %, 2019: 34 %).³

69 % der Befragten sind der Meinung, dass der Staat angesichts der Fülle seiner Aufgaben und Probleme überfordert sei (2022: 66 %, 2021: 51 %, 2020: 40 %, 2019: 61 %).⁴

Bei der Überforderung des Staates geht es bei denjenigen, die glauben, der Staat sei überfordert, konkret vor allem um die Asyl- und Flüchtlingspolitik (26 %).

¹ BW-Check der Tageszeitungen 20.06.2023 <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.umfrage-bawue-check-fluechtlingspolitik-in-der-kritik.65f635a2-a3ee-4757-8043-731f4c74ba81.html>

² BW-Trend 20. Juli 2023, SWR <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/bw-trend/umfrage-sonntagsfrage-landtagswahl-2023-juli-politikerzufriedenheit-fluechtlinge-100.html#fluechtlinge>

³ ebd., S. 5.

⁴ ebd., S. 5.

Nach dem Baden-Württemberg-Trend von infratest dimap im Auftrag des Südwestrundfunks und der Stuttgarter Zeitung vom 27.09.2023 finden 40 % der Befragten das Thema Zuwanderung/Flucht als das wichtigste politische Problem. Auch die Umfrage „Baden-Württemberg Report“ des Marktforschungsinstituts Kantar im Auftrag des Zusammenschlusses der privaten Radiosender im Land vom 27.09.2023 stellt fest, dass 41% der Befragten die Zuwanderung nach Deutschland als wichtigste Aufgabe und gesellschaftliche Herausforderung ansehen.

Ausgangslage vor Ort

- 14 Geflüchtete aus der Ukraine
- 20 Asylbewerber/innen
- 22 Personen absolvieren Sprachkurse

Gemeinderat Manfred Müller fragt nach dem Haus Bammentaler Straße 2 und erhält die Auskunft, dass dieses bereits voll belegt sei.

Gemeinderat Uwe Müller spricht den heutigen Post der Gemeindeverwaltung an, in welchem davon gesprochen wurde, dass die Gemeinde, falls sich keine anderen Lösungen finden würden, ggf. über eine Unterbringung in der Turnhalle nachdenken müsse. Diesen halte er für sehr ungeschickt, Gemeinderat Volkmann stimmt dem zu und der Post wird kurz diskutiert. Bürgermeisterin Müller-Vogel erklärt, dass dies das letzte Mittel sei, aber es so kommen werde, wenn sich keine andere Möglichkeit finde. Man habe bereits alles versucht, mehrmals Hauseigentümer leerstehender Häuser persönlich angeschrieben, Aufrufe gemacht usw., leider ohne Erfolg. Die Geflüchteten würden der Gemeinde in diesem Jahr noch zugeteilt, egal ob Wohnungen gefunden würden oder nicht.

Gemeinderat Schuh meint, es würde die Wohnungssuche ggf. erleichtern, wenn man wisse für wen genau gesucht werde, z.B. eine Familie mit zwei Kindern. Müller-Vogel entgegnet, dass man sich dies leider nicht aussuchen könne. Man wolle aber versuchen, gezielter für bereits bekannt Personen welche schon in Gaiberg sind Wohnraum zu suchen, um so ggf. Platz in den gemeindeeigenen Unterkünften zu schaffen.

Gemeinderat Dr. Mühleisen fragt, ob es bereits Kündigungen von Privatpersonen gegeben habe, welche Geflüchtete aufgenommen hätten. Die Vorsitzende antwortet, dass dies bereits zweimal vorgekommen sei. Dr. Mühleisen ergänzt, dass das Problem sicher sei, dass anfangs nicht klar gewesen wäre, wie lange die Personen bleiben würden.

Gemeinderat Manfred Müller meint, es kämen ja noch viele Geflüchtete mehr, auch nach Gaiberg. Dies werde in den nächsten Jahren noch zu einem großen Problem werden.

Bürgermeisterin Müller-Vogel bekräftigt, dass sie wisse wie schwierig die Situation sei, gerade auch für andere Bürger/innen, die auf der Suche nach Wohnungen seien. Die Gemeinde müsse aber die Zuteilungsquoten erfüllen, ob sie wolle oder nicht.

Gemeinderat Wallenwein fragt mit Blick auf die Notunterbringung in der Turnhalle, ob es Alternativen gebe. Dies verneint Müller-Vogel, alle anderen Räumlichkeiten seien aus verschiedenen Gründen nicht geeignet. Gemeinderat Manfred Müller schlägt vor, das derzeitige Feuerwehrhaus evtl. zu nutzen, wenn dieses in ein paar Jahren dann frei werde.

Gemeinderat Volkmann schlägt vor, Wohncontainer zu nutzen.

Gemeinderätin Klingmann fragt, ob das Haus Hauptstraße 55/1 eine Alternative sei, woraufhin die Bürgermeisterin antwortet, dass man dann den Verkaufsbeschluss aufheben müsse, da das Haus dann nicht veräußerbar sei.

Die Frage von Gemeinderat Kick, ob die Unterbringung zwingend in Gaiberg erfolgen müsse bejaht die Bürgermeisterin. Kick meint, er sei dann auch dafür Container zu besorgen. Dies sei ggf. günstiger und eine Unterbringung in der Turnhalle auch für die betroffenen Personen nicht angenehm. Die Verwaltung entgegnet dem, dass Container auch teuer seien und sich zudem nicht so kurzfristig beschaffen ließen.

Beschluss

- 1.) Der Gemeinderat nimmt die aktuelle Situation der Flüchtlingsunterbringung und -integration in der Gemeinde Gaiberg zur Kenntnis.
 - 2.) Der Gemeinderat bekräftigt, dass bei der Unterbringung, Versorgung und Integration vor Ort die Belastungsgrenze erreicht ist.
 - 3.) Die Verwaltung wird beauftragt, im Austausch mit dem Landkreis, den Wahlkreisabgeordneten und den Medien auf die angespannte Situation und die daraus resultierenden Handlungsnotwendigkeiten hinzuweisen.
- Einstimmig -

8. Bekanntgaben der Verwaltung

- Herzlichen Dank allen Helfern/innen des Martinumzuges. Es war eine gelungene Veranstaltung.
- Es fehlen immer noch einige Rückmeldungen für Helfer/innen beim Seniorennachmittag am 10. Dezember. Diejenigen, die sich noch nicht gemeldet haben, werden gebeten, Frau Wesselky Rückmeldung zu geben.
- Die nächste Gemeinderatssitzung am 13. Dezember beginnt bereits um 18.00 Uhr.

9. Fragen und Anträge der Gemeinderäte*innen

Gemeinderat Uwe Müller meint, er habe ja bereits erwähnt, dass er den Post zur Wohnungssuche für Geflüchtete und der möglichen Schließung der Schulturnhalle unglücklich gefunden habe.

Gemeinderat Volkmann sagt, in der Schwäbisch-Hall-Straße fehle seit der Umleitung wegen der Sperrung der L600 der Pflanzkübel im Bereich der Garagen. Dies führe dazu, dass dort sehr schnell gefahren werde, weshalb er bittet den Kübel wieder aufzustellen.

Volkmann fragt zudem, weshalb die E-Ladesäule in den Petersgärten schon seit längerem defekt sei. Frau Werner meint der Verwaltung sei der Grund nicht bekannt, sie werde sich diesbezüglich erkundigen.

Gemeinderat Senghas kommt auf den Großbrand im Dobel zu sprechen. Die Wassersituation sei wohl so schwierig, dass sogar eine Leitung nach Gauangelloch gelegt werden musste. Die Vorsitzende meint, bei so großem Wasserbedarf müsse man immer von mehreren Stellen Wasser entnehmen, daher sei die Leitung gelegt worden. Des Weiteren wird sich die Gemeindeverwaltung in Absprache mit dem WZV mit dem Thema noch einmal ausführlich befassen.

Gemeinderat Dr. Mühleisen meint, in der Einfahrt der Geflüchtetenunterkunft in der Bammentaler Straße liege bereits seit längerem Sperrmüll und fragt, wie dies zustande

komme. Die Bürgermeisterin antwortet, dass dieser zur Abholung angemeldet, aber nicht mitgenommen worden sei. Man sei hier in Klärung mit der AVR.

Gemeinderat Wallenwein fragt, woher der Erdaushub stamme, welcher am Parkplatz an der L600 in Richtung Lingental gelagert sei. Gemeinderat Kick antwortet, dass im Wald in Richtung Leimen hinter der Leitplanke am Hang ausgebaggert worden sei. Dazu habe es auch zeitweise eine Ampelschaltung gegeben.

Wallenwein bittet um eine Begehung der Schule, um sich einen Eindruck vom Zustand der Elektroleitungen zu machen. Die Vorsitzende meint, man könne dies evtl. samstags machen, sie werde dem Gemeinderat einen Terminvorschlag senden.

Die Vorsitzende beendet die Sitzung um 19.35 Uhr.

Die Vorsitzende

Die Urkundspersonen

Die Schriftführerin

Petra Müller-Vogel
Bürgermeisterin

Nina Wesselky
Angestellte